

# Fraktion im Rat der Stadt Hildesheim

Rathaus | D – 31134 Hildesheim Telefon: 0 51 21 301-1038 | Fax: 0 51 21 301-1045 E-Mail: spd-ratsfraktion.hildesheim@t-online.de

Hildesheim, März 2020

# Neues aus der Ratsarbeit

Die Ausschüsse und der Rat der Stadt Hildesheim haben in den letzten Wochen getagt und so möchten wir über einige der Themen und Beschlüsse aus der Ratspolitik informieren. Natürlich ist auch bei uns die Corona-Pandemie bestimmendes Thema. Zum einen bei der inhaltlichen Ratsarbeit, zum anderen ganz praktisch bei der Organisation der Ratsarbeit, die sofern möglich, von zu Hause oder im kleinen Verwaltungsausschuss stattfindet.

# Ratssitzung trotz Coronavirus

Gerade auch wegen der aktuellen Lage muss unsere Stadt handlungsfähig bleiben. Entsprechend sind kommunale Gremien vom Kontaktverbot explizit ausgenommen. Dennoch wollen wir Sitzungen aktuell nur bei absoluter Dringlichkeit durchführen und so das Ansteckungsrisiko, gerade auch im Interesse unserer Mitmenschen, so gering wie möglich halten.

Verschiedene Punkte haben eine Sitzung des Rates am vergangenen Montag notwendig gemacht. Diese fand unter großen Sicherheitsvorkehrungen mit viel räumlichem Abstand statt. Außerdem mussten nur 24 Ratsmitglieder anwesend sein, um eine Beschlussfähigkeit herzustellen.

Folgende Punkte standen im Zentrum der Ratssitzung:



- Beschluss zur Finanzierung von Hildesheim Marketing
- Fristwahrung für 2 Förderanträge im Städtebau (Sanierung Nordstadt)
- Übertragung von Beschlusskompetenzen vom Rat auf den kleineren Verwaltungsausschuss für die Zeit der Corona-Krise



Um keine unnötigen Risiken einzugehen, wurden viele angedachte Themen von der Tagesordnung genommen und weitgehend auf Aussprachen zu den Beschlüssen verzichtet. Die Sitzung fand, auch mangels Nachfrage, ohne Zuschauer statt und Einwohnerfragen wurden schriftlich beantwortet.

Unser Fraktionsvorsitzender Bernd Lynack hat angesichts vereinzelt geäußerter Kritik an der Durchführung der Ratssitzung klargestellt, dass der Stadtrat jetzt auch in der Pflicht steht, seiner Verantwortung gerecht zu werden: "Was wäre eine Absage auch für ein Signal an jene Menschen, die in Supermärkten an den Kassen sitzen: Sie

müssen arbeiten, aber die Politik vergräbt sich und trifft keine Entscheidungen mehr?" Dass einzelne Ratsmitglieder in einer Verabredung erst einstimmig die Einberufung des Rates mittragen und sich anschließend öffentlich davon distanzieren, vermittle kein gutes Zeichen.

Die Fraktion geht jetzt nicht sprichwörtlich in Quarantäne oder stellt sämtliche Fraktionsarbeit ein. Nein, sie organisiert sich nur anders und nutzt die gängigen digitalen Möglichkeiten und Telefonkonferenzen. Alle Fäden laufen wie bisher im Fraktionsbüro zusammen, das auch weiterhin besetzt ist.

#### Veränderungen in der Fraktion

Mit ihrer Verpflichtung durch den Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer in der Ratssitzung am Montag, ist **Nicole Reuß** als neues Mitglied der SPD-Ratsfraktion, jetzt auch in den Stadtrat nachgerückt. Sie folgt auf Lisa Schwarzer, die aus persönlichen Gründen verzogen ist und somit ihre passive Wählbarkeit verloren hat. Nicole Reuß übernimmt von Monika Höhler die Mitgliedschaften im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport und im Kuratorium der Hildesheimer Sportstiftung.

Lisa Schwarzer gehörte der Fraktion seit 2016 an und hatte ihre Schwerpunkte in den Bereichen Soziales, Jugend und Integration sowie in der Johannishofstiftung und in der Gemeinnützigen Baugesellschaft Hildesheim AG Im Ausschuss für Soziales, Jugend und Integration war sie Ausschussvorsitzende. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende hat sie in den vergangenen Jahren maßgeblich Verantwortung für die Fraktion mitgetragen. Wir sagen "Dankeschön, Lisa" und wünschen ihr für ihre persönliche und berufliche Zukunft alles Gute!

Ebenfalls in der Nachfolge von Lisa ist **Monika Höhler** neue Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend und Integration, Mitglied in der Johannishofstiftung und in der Gemeinnützigen Baugesellschaft Hildesheim AG (gbg) geworden. Außerdem wurde sie zur neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Als neue schulpolitische Sprecherin übernimmt **Gabriele Bommersbach** eine von Monikas bisherigen Aufgaben. Wir wünschen Nicole, Monika und Gabriele viel Erfolg und Kraft für ihre neuen Aufgaben.

#### Erste Ratssitzung für Detlef Hansen als Ratsvorsitzender

In der Ratssitzung am 23. März hatte Detlef Hansen seine Premiere in der Sitzungsleitung, weil die amtierende Ratsvorsitzende verhindert war. Keine leichte Aufgabe, gerade die im Zeichen der Corana-Krise stehende Sitzung zu leiten. Dennoch hat uns Detlef souverän durch die für alle Beteiligten nicht ganz einfache Sitzung geleitet.



## Neue Telefonanlage für die Stadtverwaltung

Für große, auch öffentliche, Irritationen hat die Ratsvorlage zur Anschaffung einer neuen Telefonanlage für die Stadtverwaltung gesorgt. Im Finanzausschuss (FinA) führte die Vorlage der Verwaltung zur Anschaffung einer neuen Telekommunikationsanlage zu reichlich Verwirrung unter den Mitgliedern.

Lange ist bekannt, dass die derzeitige Anlage nach mehr als zehn Jahren nicht mehr zeitgemäß und schon gar nicht zukunftsfähig ist. Wiederholt hatte die Verwaltung in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre jeweils 470.000 Euro für eine Ersatzbeschaffung beantragt. Genau diese Summe hatte der Rat dann auch im Dezember mit der Verabschiedung des Haushaltes für das laufende Jahr genehmigt.

Entsprechend groß war die Verwunderung im Finanzausschuss, als jetzt – keine drei Monate nach Verabschiedung des Haushaltes – eine neue Beschlussvorlage der Verwaltung eine nicht unerhebliche Kostensteigerung vorsah und Nachfragen der Ausschussmitglieder nicht beantwortet werden konnten. "Es ist schon sehr verwunderlich wie die Kosten in ein paar Monaten so stark ansteigen können", so unser finanzpolitischer Sprecher, Stephan Lenz nach der ersten Präsentation der Kostensteigerung um immerhin 400.000 Euro.

In Reaktion auf die Kritik konnte der Leiter des Fachbereiches Informationstechnik. Florian Gefröer, sowohl im Finanz- als auch im Verwaltungsausschuss die Gründe für die erhebliche Kostensteigerung erklären und bestehende Bedenken auch ausräumen: Die Haushaltsaufstellung veranschlagten zur Zahlen basierten ledialich auf einer Kalkulation, die auf Grundlage der Gegebenheiten im Verwaltungsgebäude selbst erstellt wurde. Erst eine Begehung aller Verwaltungsaußenstellen und Schulen im



Januar dieses Jahres habe zu Tage gefördert, wie marode die vorhandene Technik mit all

ihren Schnittstellen tatsächlich ist. Die jetzt präsentierten Zahlen basieren also nicht mehr auf einer Hochrechnung. Vielmehr seien jetzt alle Gegebenheiten in die neue Berechnung eingeflossen.

"Es wäre schön gewesen, wenn wir die Ausführungen und die Präsentation schon bei der ersten Finanzausschusssitzung gehabt hätten. Dann hätten wir der Vorlage gleich zugestimmt." sagte Stephan Lenz und ergänzt: "Ich hoffe, dass die Vorlagen zukünftig besser werden!"

## Elternbeiträge für Krippen- und Hortbetreuung sollen ab 1. April ausgesetzt werden

Schon drei Tage nachdem der Rat einen Teil seiner Befugnisse auf den Verwaltungsausschuss übertragen hat, hat die Verwaltung ein erstes Umlaufverfahren auf den Weg gebracht. Nicht nur die Verwaltung, auch uns als Fraktion, haben eine Vielzahl von Elternanfragen erreicht. Seit über einer Woche können Kinder infolge der Corona-Krise nicht mehr in Kita, Krippe und Hort betreut werden und Eltern fragen sich, ob und weshalb die Gebühren weiter gezahlt werden müssen.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, unter einer verkürzten Beratungsfrist bis zum 30. März eine Entscheidung zu treffen, dass ab dem 1. April keine Beiträge mehr anfallen. Nur so könne ein Einzug der zum 1. April fälligen Beiträge gestoppt werden. Möglich wäre allerdings auch eine ordentliche Beratung unter Beteiligung der Fachausschüsse. Ein zeitlicher Rahmen von immerhin zehn Tagen. Zeit, die zu Lasten der Eltern verstreichen würde. Im Falle einer nachträglichen Entscheidung für den Verzicht, müssten die dann bereits eingezogenen Beiträge an die Eltern erstattet werden. Unsere Meinung dazu ist, dass wir diese unnötige Belastung der Eltern unbedingt vermeiden und auch der Verwaltung die Zeit dafür ersparen wollen. Zeit, die – gerade jetzt – an anderer Stelle viel sinnvoller eingesetzt werden kann.